

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0 117/2021/IV

Datum:
02.06.2021

Federführung:
Dezernat III, Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie

Beteiligung:

Betreff:

**Gutachterliche CO₂-Bewertung von Maßnahmen aus dem
Klimaschutz-Aktionsplan – Ausgenommen sind
Maßnahmen aus dem Handlungsfeld Mobilität**

Informationsvorlage

Beschluslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 13. Juli 2021

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität	30.06.2021	Ö	() ja () nein () ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität nimmt die Informationen zu den Maßnahmenbewertungen zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag in Euro:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
<ul style="list-style-type: none">Erforderliche Mittel werden von den zuständigen Ämtern ermittelt	
Einnahmen:	
<ul style="list-style-type: none">keine	
Finanzierung:	
<ul style="list-style-type: none">die Umsetzung erfolgt in Abhängigkeit der bei den zuständigen Ämtern zur Verfügung stehenden Mittel	
Folgekosten:	
<ul style="list-style-type: none">keine	

Zusammenfassung der Begründung:

Die wesentlichen Maßnahmen mit hohem Einfluss auf die CO₂-Bilanz Heidelbergs sind die weitestgehend CO₂-neutrale Gestaltung der Heidelberger Fernwärme sowie die Verdoppelung der Altbausanierungsrate. Eine umfassende Umsetzung verringert die CO₂-Bilanz um 6 bis 14 Prozent.

Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität vom 30.06.2021

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität vom 30.06.2021

3 Gutachterliche CO₂-Bewertung von Maßnahmen aus dem Klimaschutz-Aktionsplan - Ausgenommen sind Maßnahmen aus dem Handlungsfeld Mobilität Informationsvorlage 0117/2021/IV

Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Frau Lachenicht vom Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie, die einen Vortrag zum Thema hält.

Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain erläutert, dass das Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie aus den Mitteln, die dem Amt im Rahmen des Jahresübertrags zur Verfügung gestellt worden sind, das Gutachten beim Institut für Energie- und Umweltforschung (IFEU) in Auftrag gegeben habe.

Im Anschluss übergibt er das Wort an Stadträtin Dr. Nipp-Stolzenburg, die den als Tischvorlage verteilten **Antrag** der **Bündnis 90/Die Grünen** (Anlage 05 zur Drucksache 0117/2021/IV) begründet.

Die Grünen-Fraktion bittet die Stadtverwaltung bis zum nächsten AKUM zu prüfen und geeignete Maßnahmen vorzuschlagen:

- wo sich anhand des Gutachtens die besten Einsparmöglichkeiten für CO₂ ergeben, d.h. welche Potentiale sich aus dem Gutachten ergeben;
- wo ggf. bei aktuellen Maßnahmen nachgesteuert werden muss;
- wie sich Best-Practice-Beispiele anderer Kommunen - vor allem zur Erhöhung der Sanierungsrate - am besten auf Heidelberg übertragen lassen;
- wie das Förderprogramm "Rationelle Energieverwendung" auch aufgrund dieser Tatbestände am besten angepasst und ggf. ausgeweitet werden kann und einen erweiterten Entwurf vorzulegen.

Bei der nachfolgenden Diskussion melden sich zu Wort:

Stadtrat Zieger, Stadtrat Föhr, Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadtrat Leuzinger, Stadtrat Michelsburg, Herr Goldschmidt als Vertreter des Jugendgemeinderats, Stadtrat Pfeiffer

Die folgenden Fragen/Punkte werden angesprochen:

- Der Neubau des Patrick-Henry-Village (PHV) sei als klimaneutrales Quartier geplant. Durch den Neubau erfolgen jedoch erst einmal umfangreiche Neuemissionen. Gibt es dazu Untersuchungen?
- Wie hoch sind die neuen CO₂-Emissionen, die durch den Neubau von PHV entstehen? Wie würde es sich auf die CO₂-Emissionen auswirken, wenn man statt eines Abrisses und Neubaus Bestandsgebäude „behutsam“ sanieren würde?
- Die CO₂-Bilanz in Bezug auf PHV sei zwar zugesagt, aber bislang nicht vorgelegt worden.

- Werden die CO₂-Emissionen nicht Heidelberg spezifisch ausgewiesen, sondern anhand des Bundesstrom-Mixes ermittelt? Es wäre wünschenswert, wenn auch die CO₂-Emissionen für den Strom spezifisch für Heidelberg ausgewiesen werden könnten.
- Heidelberg sei eine wachsende Stadt. Aufgrund der wachsende Bevölkerung flache die Einsparungskurve ab. Die Einsparung pro Kopf wäre entsprechend höher und sollte ausgewiesen werden.
- Es werde zu wenig getan, um Klimaschutzmaßnahmen voranzubringen. Vor allem die städtischen Gesellschaften müssen größere Anstrengungen im Klimaschutz, insbesondere bei der Gebäudesanierung, der CO₂-neutralen Fernwärmeversorgung und der Photovoltaik unternehmen. Auch die Stadt muss weiterhin Anstrengungen unternehmen. Die Ergebnisse des IFEU-Gutachtens waren vorauszusehen. Es müsse mehr Dynamik in den Prozess kommen.
- Die Biogaserzeugung aus Biomüll müsse dringend vorangetrieben werden.
- Die Anpflanzung von Bäumen innerhalb des Stadtgebietes sei kein Beitrag zum globalen Klimaschutz. Die Schaffung von Klimawäldchen habe lediglich eine kleinklimatische Bedeutung. Viel wichtiger sei es, Bäume im Stadtgebiet zu erhalten. Zu der Frage, wie viele Bäume im Wald gefällt werden sollen, gebe es kaum valide Daten. Die Lebensdauer eines Baumes liege bei 150 bis 800 Jahren und nicht - wie im Gutachten genannt - bei 76 Jahren.
- Aus baurechtlichen Gründen sei es für Baufirmen oft nicht möglich, bei Baumaßnahmen das vorhandene Recyclingmaterial einzusetzen. Hier sollte eine Gesetzesänderung angeregt werden, damit mehr Recyclingmaterial wiedereingesetzt werden könne.
- Für die Mittel, die für den Straßenausbau veranschlagt sind, könnte man einen halben Zeppelin kaufen, der komplett klimaneutral betrieben werden könnte.
- Es sei gut, dass es die vorliegende Studie gebe und auch die Studie zum Verkehr im Herbst komme. Natürlich sei es aber ernüchternd, dass wir noch so weit von den Klimaschutz-Zielen entfernt seien.
- Es sei klar, dass die Abwärme zur Energiegewinnung genutzt werden müssen. Trotzdem müsse das Hauptaugenmerk auf die Müllvermeidung gerichtet werden.
- Es solle in einer Tabelle dargestellt werden, wieviel es kostet, um eine Tonne CO₂ bei den verschiedenen Maßnahmen zu reduzieren, um eine Entscheidungshilfe zu bekommen, wo man das Geld zur CO₂-Reduzierung am effektivsten einsetzen könne.
- Fördert die Stadt klimaneutralen Bau mit Holz als Primärbaustoff?

Frau Lachenicht erläutert, dass im PHV ohne den Zukauf von Solar- oder Windenergie keine Klimaneutralität erreicht werden könne. Es können nur circa 60 Prozent des Bedarfs an Energie auf dem Gebiet erzeugt werden. Grundsätzlich sei der Energiebedarf/Graue Energie für den Neubau von Gebäuden höher als bei einer Sanierung.

Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain merkt an, dass eine Sanierung von Bestandsgebäuden aus energetischer Sicht nicht unbedingt besser sei als ein Neubau. Dies müsste sehr differenziert im Einzelfall betrachtet werden. Eine CO₂-Bilanz für PHV könne aufgrund des derzeitigen Planungsstandes noch nicht erstellt werden.

Der Stromverbrauch werde nach dem Bilanzierungs-Systematik-Kommunal (BISKO)-Verfahren nach einem Bundesstrom-Mix ermittelt, um zu vermeiden, dass einzelne Anlagen doppelt und dreifach in die Bewertung einfließen. Der CO₂-Verbrauch für die Wärme werde spezifisch für Heidelberg ermittelt. Grundsätzlich könne aber auch für den Strom mit beiden Bilanzierungssysteme gerechnet werden. Beide Rechenmodelle seien im Gutachten berücksichtigt.

Bürgermeister Schmidt-Lamontain weist darauf hin, dass die Ergebnisse der Klimaschutz-Aktivitäten der Stadt Heidelberg gut seien. Trotzdem müsse natürlich noch mehr getan werden.

Frau Lachenicht weist darauf hin, dass in den IFEU-Gutachten die CO₂-Emissionen pro Kopf ausgewiesen werden. Auch die Wohn- und Gewerbeflächenentwicklung werde in Diagrammen dargestellt. Klimaneutrales Bauen werde von der Stadt gefördert. Die Stadt Heidelberg selbst baue ihre neuen Kindertagesstätten in Holzbauweise.

Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain weist darauf hin, dass die im **Antrag der Bündnis 90/Die Grünen geforderte Prüfung bis zur nächsten Sitzung** des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Mobilität nicht erfolgen könne. Stadträtin Dr. Nipp-Stolzenburg ändert daraufhin die Formulierung im ersten Satz des Antrags „bis zum nächsten AKUM“ in „baldmöglichst“.

Sie präzisiert ihren Antrag dahingehend, dass die Verwaltung Vorschläge machen solle, ob Maßnahmen ausgebaut werden sollten und welche Maßnahmen den Prozess mit vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen beschleunigen könnten. Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain erläutert, dass genau diese Fragen im IFEU-Gutachten beantwortet werden sollen. Stadtrat Pfeiffer erläutert, dass aus seiner Sicht keine Notwendigkeit bestehe, den Antrag zu stellen, da die Maßnahmen ohnehin durchgeführt werden und regelmäßig über den Sachstand berichtet werde. Frau Lachenicht führt aus, dass die Stadt Heidelberg über den Städtetag, den Energiearbeitskreis und die Umweltamtsleitertagung im kontinuierlichen Austausch mit anderen Kommunen sei. Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz merkt an, dass bekannt sei, was zu machen ist. Es müssten lediglich entsprechende Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Der Großteil der Arbeit müsse von den städtischen Gesellschaften übernommen werden.

Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain lässt im Anschluss über den **geänderten Antrag der Bündnis 90/Die Grünen** abstimmen (**Änderungen fett gedruckt**).

Die Grünen-Fraktion bittet die Stadtverwaltung **baldmöglichst** zu prüfen und geeignete Maßnahmen vorzuschlagen:

- wo sich anhand des Gutachtens die besten Einsparmöglichkeiten für CO₂ ergeben, d.h. welche Potentiale sich aus dem Gutachten ergeben;
- wo ggf. bei aktuellen Maßnahmen nachgesteuert werden muss;

- wie sich Best-Practice-Beispiele anderer Kommunen - vor allem zur Erhöhung der Sanierungsrate - am besten auf Heidelberg übertragen lassen;
- wie das Förderprogramm "Rationelle Energieverwendung" auch aufgrund dieser Tatbestände am besten angepasst und ggf. ausgeweitet werden kann und einen erweiterten Entwurf vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 06:02:06

Anschließend lässt Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain über den **Antrag** der **SPD** abstimmen

Die Verwaltung soll einen Bericht darüber vorlegen, wie die gesetzten Klimaschutzziele bis Ende 2025 beziehungsweise Ende 2030 erreicht werden sollen. Es soll in einer Tabelle dargestellt werden, wieviel es kostet, um eine Tonne CO₂ bei den verschiedenen Maßnahmen zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 10:01:03

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität:

Der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität empfiehlt dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

Die Stadtverwaltung soll baldmöglichst prüfen und geeignete Maßnahmen vorschlagen:

- *wo sich anhand des Gutachtens die besten Einsparmöglichkeiten für CO₂ ergeben, d.h. welche Potentiale sich aus dem Gutachten ergeben;*
- *wo ggf. bei aktuellen Maßnahmen nachgesteuert werden muss;*
- *wie sich Best-Practice-Beispiele anderer Kommunen - vor allem zur Erhöhung der Sanierungsrate - am besten auf Heidelberg übertragen lassen;*
- *wie das Förderprogramm "Rationelle Energieverwendung" auch aufgrund dieser Tatbestände am besten angepasst und ggf. ausgeweitet werden kann und einen erweiterten Entwurf vorzulegen.*

Weiterhin soll die Verwaltung einen Bericht darüber vorlegen, wie die gesetzten Klimaschutzziele bis Ende 2025 beziehungsweise Ende 2030 erreicht werden sollen. Es soll in einer Tabelle dargestellt werden, wieviel es kostet, um eine Tonne CO₂ bei den verschiedenen Maßnahmen zu reduzieren.

gezeichnet
Raoul Schmidt-Lamontain
Bürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Empfehlung

Begründung:

In der Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität am 18.11.2020 wurde ein Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zur Bearbeitung des Klimaschutz-Aktionsplans mehrheitlich beschlossen. Unter anderem wurde die Bewertung der Maßnahmen aus dem Klimaschutz-Aktionsplan gewünscht. Das ifeu-Institut wurde beauftragt, für die Klimaschutz-Aktionsplanpunkte 1, 2, 3, 4, 5, 6, 8, 9, 13, 14 und 17 eine Prognose des jährlich erreichbaren CO₂-Minderungspotenzials inklusive der Ermittlung des Investitionsbedarfs und der spezifischen CO₂-Minderungskosten zu erarbeiten. Nicht enthalten sind die Punkte aus dem Bereich Mobilität, für die ifeu aufgrund der verfügbaren Arbeitskapazität kein Angebot vorlegen konnte, sowie nicht quantifizierbare Punkte. Die Ergebnisse sind in der Anlage 01 dargestellt.

Die Berechnungen wurden nach dem Bilanzierungs-Standard Kommunal (BISKO) vorgenommen. Dieser Standard legt die Bilanzierungsvorschrift für bundesdeutsche Kommunen fest, wie etwa eine territoriale Grenze oder die Verwendung des Bundes-Stromemissionsfaktors. Aus diesem Grund können nicht alle Aktivitäten der Stadt und der Stadtwerke auf die CO₂-Bilanz der Stadt angerechnet werden. Diese Maßnahmen sind dennoch von großer Bedeutung und werden daher als Emissionsminderung außerhalb der Bilanz dargestellt. Die Ergebnisse sind Teil eines umfangreicheren Auftrags, der eine tiefere Prüfung des Vorziehens der Klimaschutzziele enthält. Die Ergebnisse werden Ende August 2021 vorgelegt.

Beteiligung des Beirates von Menschen mit Behinderungen

Nicht erforderlich

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt	Ziel/e:
UM3	+	Ziel/e: Verbrauch von Rohstoffen vermindern Begründung: Durch das Masterplanziel, den Endenergieverbrauch um 50 Prozent zu reduzieren vermindert sich auch der Rohstoffverbrauch Ziel/e:
UM4	+	Ziel/e: Klima- und Immissionsschutz vorantreiben Begründung: Alle Maßnahmen im Klimaschutz dienen dem Masterplan-Ziel bis 2050 klimaneutral zu werden Ziel/e:
W09	+	Ziel/e: Ökologisches Bauen fördern Begründung: Im Gebäudebestand können die höchsten CO ₂ -Minderungspotenziale in Heidelberg erschlossen werden allerdings nur schrittweise im Zuge von Bauunterhaltung und Sanierungsmaßnahmen. Neubauaktivitäten können bereits heute im Hinblick auf Klimaneutralität gefördert werden.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine

gezeichnet

in Vertretung
Stefanie Jansen

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Quantifizierung von Maßnahmen des Klimaschutz-Aktionsplans Heidelberg (nur digital verfügbar)
02	Übersicht der Ergebnisse (nur digital verfügbar)
03	Klimaschutz-Aktionsplan (nur digital verfügbar)
04	Präsentation Tischvorlage in der Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität am 30.06.2021 (nur digital verfügbar)
05	Sachantrag der Gemeinderatsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.06.2021 Tischvorlage in der Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität am 30.06.2021